

Die Gemeindeverwaltung im ersten Kriegsjahre.

Bürgermeister Dr. Weislichner erstattete in der gestrigen Sitzung des Stadtrates Bericht über die Gemeindeverwaltung im ersten Kriegsjahr. Er recapituliert die historischen Ereignisse der Juli- und Augusttage des Jahres 1914 und die Vorkehrungen der Gemeindeverwaltung, zunächst in der Fürsorge für die städtischen Angestellten, deren Kosten sich im Gesamten auf 10.714.800 Kronen belaufen. An Kriegszulagen hat die Gemeinde seit 1. Mai d. J. 782.000 Kronen ausbezahlt. Auf ein Jahr bezogen wird daher die Kriegszulage mit weit über 3 Millionen Kronen das städtische Budget belasten.

Nach dem Stande vom 4. August 1915 wurden an 180.709 Parteien staatliche Unterstüzungen ausbezahlt, es stehen somit rund 400.000 Personen in Wien im Genuß des staatlichen Unterhaltsbeitrages. In Wien allein wurden rund sechzig Millionen Kronen bisher an staatlichen Unterhaltsbeiträgen gezahlt. Die 3528 Personen gewährten laufenden Unterstüzungen erfordern monatlich 107.900 Kronen, bisher wurden für diesen Zweck 1.018.920 Kronen ausgegeben. An einmaligen Unterstüzungen wurden von der Zentralstelle 285.347 Kronen gewährt. Die Auslieferung kostete bisher 2.266.439 Kronen, die Näh- und Strickstuben erforderten 387.269 Kronen, an Subventionen wurden 403.544 Kronen gegeben usw.

Die galizischen Flüchtlinge in Wien haben dem Staate bisher über 18 Millionen gekostet. Das sind wohl Ziffern, die erheblich ins Gewicht fallen. Der Bürgermeister zählte dann die von der Gemeinde geleisteten Subventionen an das Rote Kreuz (300.000 Kronen), an die Organisation der Fürsorge für Handelsangestellte (290.000 Kronen) und andere auf und besprach die Uebernahme von Kreditgarantien durch die Gemeinde (bisher zwei Millionen Kronen), dann die Gründung der Wiener Mietsdarlehenskasse und anderer Fürsorgeaktionen. In den Näh- und Strickstuben wurden insgesamt viereinhalb Millionen Arbeitsstücke angefertigt, an einem Teil der Lieferungen wird noch gearbeitet. Derzeit finden rund 4000 Frauen und Mädchen Verdienst.

Das wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien steht ununterbrochen seit Ende August 1914 unter der Leitung des Ministers a. D. Dr. v. Wittel. Der Verkehr beträgt rund zweihundert Parteien täglich. Das wirtschaftliche Hilfsbureau hatte in 31.630 Wohnungskündigungsfällen zu intervenieren und die Interventionen des Bureaus haben in 80 Prozent der Fälle Hilfe gebracht und zu Ausgleich geführt.

Das Amt der städtischen Berufsvormundschaft hat sich im Kriege ganz außerordentlich bewährt. In gewissen Fällen wurden die Kinder Einberufener — ungefähr siebenhundert — in die vollständige Obforgen der Gemeinde übernommen; die Gemeinde hat weiters 120.000 Kronen zur Versicherung von 300 Kindern im Felde gefallener Wiener gewidmet. Die städtische Berufsvormundschaft hat sich auch insofern in den Dienst der Kriegsfürsorge gestellt, als sie die Kuratel über Säuglinge, deren Väter eingezogen sind, zur sofortigen Geltendmachung des Anspruches auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag übernimmt. Die Zahl dieser Kurateln beträgt 6800.

Zu Beginn des Krieges hat die Gemeindeverwaltung ein großzügiges Investitionsprogramm ausgearbeitet und für diese Zwecke 30 Millionen vorgesehen. Die Gemeinde war aber außerstande, dieses Investitionsprogramm durchzuführen, weil die Arbeitskräfte gefehlt haben und weil die wirtschaftliche Lage die Ausführung von Notstandsbauten nicht gestattete. Nichtsdestoweniger wurden in den ersten zwölf Monaten des Krieges Bauten mit einem Kostenaufwande von ungefähr 17 Millionen aufgeführt, darunter das Kühlhaus, das drei Millionen Kronen erfordert.

Besonders ausführlich widmet sich der Bericht der Apportionierungsfrage. Die Kommune hat billig eingekauft, um Vereinen, die sich mit der Ausspeisung befassen, diese Lebensmittel zur Verfügung stellen zu können. Das ist auch geschehen und wir haben um mehr als zwei Millionen Kronen deraartige Lebensmittel gekauft. Die Gemeinde habe auch durch Ankauf verschiedener Artikel, als Kaffee, Petroleum, Zucker, Kartoffeln, preisregulierend eingegriffen. In der Kohlenverlorenung Wiens habe sie viel geleistet.

Eine ganz eigenartige Funktion der Gemeinde hat sich beim Mehl herausgestellt. Die Kommune erwarb im August 1914 um fünf Millionen Kronen Mehl und Reis; dann kam im Februar 1915 die Beschlagnahme des Getreides durch die Regierung. Es wurde die Kriegsgetreideverkehrsanstalt geschaffen, die die längste Zeit nicht funktionierte; wir sind im März in jene Notlage geraten, daß wir mit unjeren Vorräten herausrücken mußten. Es ist uns dann gelungen, Mais zu erwerben, so daß wir wenigstens quantitativ gedeckt waren. Trotz der bedeutenden Anforderungen, die an die Mehlversorgung der Gemeinde gestellt wurden, konnte bei ausreichender Befriedigung des Bedarfes noch eine kleine Reserve von Edelmehlen erübrigt werden, die jetzt in den Verkehr kommt. Daß es der Gemeindeverwaltung gelungen ist, 1000 Waggon deutsches Weizenmehl zu erwerben, entlastet uns der Sorge für die Uebergangszeit, bis das Zuschieben der neuen Ernte so erfolgt, daß wir, die wir täglich 52 bis 54 Waggon Mehl brauchen, befriedigt werden können. Im übrigen kann ich noch mitteilen, daß ich über die 1000 Waggon deutsches Weizenmehls noch weitere 380 Waggon erhalten habe. Die Tätigkeit der Gemeinde in der Mehlversorgung wird durch folgende Zahlen erhellt: Bis 31. Juli 1915 wurden an Kleinbäckereibetriebe 1550 Waggon Mehl, an Großbäckereibetriebe 768 Waggon Mehl und an Gewerbege nossenschaften 579 Waggon Mehl, insgesamt 289.700 Meterzentner abgegeben. Der Preis bewegte sich zwischen 48 und 72 Kr. per Meterzentner im Großhandel. Die Mehlpreise sind nur durch die Gemeinde Wien gehalten worden. Wenn das Mehl frei geblieben wäre, wäre die wahnsinnigste Preistreiberei entstanden. Bemerkenswert ist es auch, daß der bisherige Umsatz schon 16 Millionen Kronen übersteigt.

Hinsichtlich der Fleischversorgung hat die Gemeinde wiederholt versucht, Auslandsimporte zu organisieren, aber erst in der letzten Zeit ist dies durch eine Verbindung mit der Berliner Zentralfleischaufsellschaft gelungen. Die Verhandlungen wegen Errichtung von Schweinemästereien führten zu keinem Resultate.

Wegen des Gemüseanbaues in Wien ist zu sagen, daß die Kommune im Eigenbetriebe eine Fläche von 233 Hektar (2.330.000 Quadratmeter) dem Anbau zugeführt und hievon 151 Hektar mit Erdäpfeln, 15 Hektar mit Gemüse und 67 Hektar mit Futtermitteln bebaut hat. In Wien haben sich 1000 Kriegsgemüsegärtner gefunden und es ist rührend, wie die Leute noch am späten Abend hinausziehen und ihr Gemüse begießen. Im ganzen wurden 317 Hektar, also 3.170.000 Quadratmeter sonst brachliegender Grund bebaut.

Nach den Aufzeichnungen des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes waren die Stellenangebote um 23.084, die Stellensuche um 13.747 und die Vermittlungen um 26.326 größer als in der korrespondierenden Zeitperiode des Vorjahres.

In der geschlossenen Armenpflege haben sich die Kosten um rund 900.000 Kronen infolge der Teuerung erhöht. Ebenso sind die Kosten der offenen Armenpflege im ersten Kriegsjahr wesentlich gestiegen.

Die Steuereingänge im Kriegsjahre sind durchwegs günstig. Im letzten Viertel wurden insgesamt 80.972.755 Kronen bei den städtischen Steuerämtern einbezahlt; die Zunahme gegen das Vorjahr beträgt 2,8 Millionen.

Ungeachtet der ungeheuren Aufgaben und Ausgaben, die der Krieg dem Haushalte der Gemeinde aufgewunden hat, bestreitet die Gemeinde diese Auslagen aus den vorhandenen Mitteln; es hat weder eine Erhöhung der Umlagen stattgefunden, noch haben wir während der ganzen Zeit ein Anlehen aufzunehmen gebraucht.

Die Gesundheitsverhältnisse sind durchwegs gut; allerdings haben wir auch für sanitäre Maßnahmen ziemliche Opfer gebracht. Für Spitalsbaracken und Infektionsbaracken wurden anderthalb Millionen, für die Komplettierung der Einrichtung des Kaiserjubiläumsspitals 150.000 Kronen, für die Vorkehrungen zur Aufnahme von 2000 bis 3000 Kranke im Versorgungsheim 300.000 Kronen und für die Einrichtung eines Pavillons des Versorgungsheims als Notspital für 600 Verwundete 144.000 Kronen, für die Umgestaltung und bauliche Einrichtung eines Fabrikgebäudes im 10. Bezirk in eine Desinfektionsanstalt für Zivilpersonen 51.000 Kronen ausgegeben.

Der Bürgermeister schloß seinen Bericht: „Was die Wiener Bevölkerung in dieser schweren Zeit durchgemacht hat, verdient Anerkennung. Wenn auch unter der Wiener Bevölkerung Männer, Schwarzseher und Miesmacher sind, so hat doch die Allgemeinheit brav durchgehalten und mit dazu beigetragen, daß Oesterreich steht, wo es eben jetzt steht, so daß wir wohl hoffen können, diesen Krieg siegreich zu überstehen.“

Stadtrat Professor Schmid führte aus, der Stadtrat nehme diesen Bericht mit größter Befriedigung zur Kenntnis und danke dem Bürgermeister, der für alle Zeiten ein Denkmal als Kriegsbürgermeister verdient. (Beifall.) Auch die Vizebürgermeister haben sich sehr verdient gemacht.